

Hausarztmangel in Höxter: Stadt gründet erstmal einen Arbeitskreis

In Höxter fehlen Hausärztinnen und Allgemeinmediziner.
Der Antrag der SPD, ein kommunales MVZ zu gründen, findet dennoch keine Mehrheit.

Svenja Ludwig

Höxter. Diverse Fraktionen im Höxteraner Stadtrat hatten sich bereits mit dem Thema beschäftigt und einhellig alle sind der Meinung: Da muss was passieren. Die Rede ist vom akuten Hausarztmangel in Höxter. 5,5 Hausärzte fehlen in der Kreisstadt laut Kassenärztlicher Vereinigung (Stand: Mitte Juni). Statistisch, so kommt ja auch die Nachkommastelle zustande, aber auch praktisch.

Die SPD hatte nun, wie berichtet, beantragt, die Stadt Höxter möge prüfen, ob ein kommunales Medizinisches Versorgungszentrum (KMVZ) sinnvoll und einrichtbar sei. Wörtlich heißt es in dem Antrag, die Verwaltung solle „die gegebenen rechtlichen, organisationsstrukturellen, finanziellen und lokalen Bedingungen“ berücksichtigen. „Das Thema ist klar, uns droht der Kollaps“, führt Wittmann den Antrag in der Sitzung aus. Denn Hausarzt oder -ärztin in ländlichen Gefilden zu sein, reizt nicht (mehr) jeden.

„Die Nachteile haben Sie uns aber vorenthalten.“

Eine möglicherweise erwartete Rund-um-die-Uhr-Verfügbarkeit, das finanzielle Risiko einer eigenen Praxis und die generellen Nachteile der Selbstständigkeit schrecken viele junge Nachwuchsmediziner ab. Vor allem auch Frauen, die einen immer größer werdenden Teil der Uniabsolventinnen und -absolventen ausmachen. Aber trotz aller Einigkeit in der Sache entwickelte sich aus dem Antrag eine durchaus kontroverse Diskussion.

Laut Günther Ludwig, Fraktionsvorsitzender der CDU, hätten Antrag und Berichterstattung darüber zu „ersten Reaktionen aus der Ärzteschaft“ geführt. Warum die SPD nicht zuvor mit den Betroffenen gesprochen habe, wollte er wissen, und mahnte, wenn die Politik ein KMVZ aufkroziere, sei das Projekt „zum Scheitern verurteilt“.

Ähnlich argumentiert Ralf Dohmann, Chef der Bürgerfür-Höxter-Fraktion (BfH). Der Hausarztmangel sei ein Thema, das alle betreffe, der Antrag der SPD aber „der fal-

sche Aufschlag“. Seiner Ansicht nach hätte ein mögliches KMVZ interfraktionell in Arbeitsgruppen vorbesprochen werden sollen. Dass die SPD stattdessen vorprescht, mache für ihn den Anschein eines „vorgezogenen Wahlkampfes“: „Äußerst schade, dass das bei diesem Thema praktiziert wird“.

Es sei der „normale Weg“, dass Fraktionen Anträge stellen und diese dann im Gremium diskutiert würden, wirft Martin Hillebrand (FDP) ein. So entstehe ja auch ein „Handlungszwang“ aufseiten der Verwaltung. Die FDP könne sich dem Prüfauftrag anschließen. Und sogar auch dem Antrag, 50.000 Euro für kompetente Beratung in den Haushalt einzustellen, wenn die Summe vernünftig erklärt würde. Mit dem Betrag soll laut Antrag ein „in der Sache erfahrenes“ Beratungsunternehmen engagiert werden. Günther Wittmann erläutert, er ha-

be die Kosten betreffend Erfahrungswerte recherchiert. 50.000 Euro seien realistisch, er freue sich aber natürlich auch, wenn es für 20.000 Euro oder weniger ginge.

Dohmann bemängelte außerdem, dass die Argumente, die die SPD in ihrem Antrag für ein KMVZ aufführe, von einer Internetseite kopiert worden seien. „Die Nachteile haben Sie uns aber vorenthalten.“ Zum Beispiel hätten angestellte Ärztinnen und Ärzte weniger Freiheiten, wie es auf „doctolib.de“ heißt, das Verhältnis zum Patienten könne anonym sein, generell sei auch ein größerer Patientenstamm notwendig als bei einer Einzelpraxis. Auf anderen Seiten wird auch beispielsweise ein größerer Verwaltungsaufwand als Nachteil aufgeführt.

Berno Schlanstedt (Grüne) stört es, wie er sagt, dass die SPD in einem Antrag eine Variante, nämlich ein KVMZ, gegenüber einem privatwirt-

schaftlich betriebenen MVZ favorisiere. „Über das K kann man reden“, entgegnete Wittmann. In ihrem Antrag hatte die SPD erläutert, welchen Unterschied der Konsonant machen würde. Die Stadt hätte bei einem kommunalen Medizinischen Versorgungszentrum den Hut auf, könnte selbst steuern, was für Ärztinnen und Ärzte eingestellt werden, und sich so auch nach dem speziellen Bedarf richten. Fehlen Allgemeinmediziner, könnten Allgemeinmediziner eingestellt werden. Mangelt es an einem speziellen Facharzt, könne ein Spezialist angeworben werden.

Alexandra Reichelt von den Bürgern für Höxter und, wie sie sagt, beim Kreis Höxter seit Neuestem zuständig für die hausärztliche Versorgung, mahnte, sich nicht auf ein MVZ als Patentlösung zu versteifen. „Ich werde mein Bestes tun, dass junge und engagierte Ärzte hier her kom-

men.“ Es gebe da zahlreiche Programme und Kampagnen etwa vom Land NRW oder von Universitäten.

Nach einer Weile der Diskussion deutet sich an, dass der SPD-Antrag es schwer haben wird, wenn er überhaupt angenommen wird. Hans-Josef Held (SPD) appelliert deswegen an seine Ratskolleginnen und -kollegen: „Es wäre schön, wenn aus diesem Haus ein Signal käme.“ Ein Signal, dass Politik und Verwaltung etwas tun. Und Hans-Georg Heiseke (UWG) wünscht sich, dass das Thema nicht „politisch zerpfückt“ werde. „Die Verwaltung hat doch sicher schon ihre Angel ausgeworfen...“, sagt er, woraufhin Bürgermeister Daniel Hartmann in großer Geste nickt.

Der Antrag der SPD wird schließlich mehrheitlich abgelehnt, der Antrag Ralf Dohmanns, einen Arbeitskreis zu gründen, jedoch ging einstimmig durch.